



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1 Streiks der Arbeiterschaft für höhere Löhne sind absolut nichts Verwerfliches. Paradoxerweise ist es ein Grundrecht zu streiken, obwohl es in Österreich keine Einzelgesetze gibt, wer wann wie und wo genau die Arbeit niederlegen darf. Das sollen die Arbeiter und Angestellten selber entscheiden dürfen. Doch wer profitiert von Streiks als Druckmittel?

2 Streiks kosten Geld. Den Firmen, weil in dieser Zeit nichts produziert oder verkauft wird. Die Streikenden wiederum haben das Risiko, ob und wie lange ihre Löhne von ihren Arbeitgebern oder aus dem Streikfonds der Gewerkschaft weiterbezahlt werden. Auch weiß niemand, ob etwa streikbedingt geschlossene Geschäfte für gescheiterte Verhandler einen schlanken Fuß machen.

3 Bisher war die jährliche Streikzeit in Österreich minimal. Obwohl sie sich in den letzten Jahren vervielfacht hat. 2020 streikte jeder Arbeitnehmer im Durchschnitt rund 30 Sekunden, 2021 gar unter 15 Sekunden und 2022 bereits knapp zwei Minuten. Was unverändert wenig war und als Standortvorteil für die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort gilt. Das dahinterstehende Erfolgsgeheimnis nennt sich Sozialpartnerschaft bzw. Korporatismus.

4 Wirtschafts- und Arbeiterkammer sowie Industriellenvereinigung und



Wirtschafts- und Arbeiterkammer sowie Industriellenvereinigung und Gewerkschaftsbund ÖGB setzen sich als Vertretung der größten Berufsgruppen für die Lohnverhandlungen an einen Tisch.

Die Sozialpartnerschaft

Die Lohnverhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaft stehen auf der Kippe. Entweder man kann sich trotz wilder Wortgefechte am Verhandlungstisch einigen – dann gilt auf gut Österreichisch: „Guat is gaunga, nix is gschehn!“ –, oder es kommt zu einem Arbeitskampf mit Demonstrationen und Streiks, nach dem Motto: „Gemma auf d' Blutwiesn!“

Gewerkschaftsbund ÖGB setzen sich als Vertretung der größten Berufsgruppen an einen Verhandlungstisch. Dort werden Interessensgegensätze als Kompromissfindung ausgetragen. Dass wir das nun mit deftigen Drohgebärden live in den Medien mitverfolgen können, mag für Journalisten ein Gaudium sein. Doch drohen Unternehmer und Gewerkschafter in der Öff-

fentlichkeit ihr Gesicht zu verlieren, wenn sie Maximalforderungen hinausposaunen und nachher als eingegangene Primeln dastehen.

5 Welche Interessensgruppen und Parteien werden, unabhängig vom Ausmaß der Lohnerhöhung, politisch besser aussteigen? Die der ÖVP nahestehenden Wirtschaftstreibenden? Ein

Imagegewinn der Unternehmer hilft Karl Nehammer & Co. genau gar nicht. Denn Besitzer mittelständischer und größerer Firmen sind eine kleine Minderheit von ein paar Prozent der Wählerschaft. Sie können in ihrer Zahl Wahlergebnisse kaum beeinflussen.

6 Aufgrund des Wandels von der Industrie zur Dienstleistungsgesell-



steht an einem Scheideweg

schaft haben wir in der Wahlbevölkerung jedoch auch bloß knapp über 10 Prozent Arbeiter. Wenn die von der SPÖ dominierte Metallergewerkschaft am Jahresende 2023 einen tollen Lohnabschluss feiern sollte, reicht das Andreas Babler nicht zum Wahlsieg 2024. Entscheidend wird die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der Millionen Angestellten sein. Wichtiger als alle Metaller und „Hackler“ sind somit der Handel und dessen neuer Kollektivvertrag.

7 Ist da alles pipifein, nützt das allgemeine Wohlgefühl indirekt der Kanzler- und Amtsinha-

berpartei. Zumal Karl Nehammer früher Generalsekretär des Arbeiter- und Angestelltenbundes der ÖVP war. Umgekehrt müssten Babler und genauso Herbert Kickls FPÖ rein wahlkampfstrategisch wollen, dass es möglichst viele Unzufriedene mit Geld- und Teuerungsproblemen gibt. Doch es geht nicht um parteipolitische Befindlichkeiten.

8 Gesellschaftlich droht bei angesichts der Teuerung nur geringfügig erhöhten Löhnen ein Konflikt zwischen den Berufstätigen und der älteren Generation. Es befindet sich nämlich – je nach Wahlbeteiligung der einzelnen Al-

tersgruppen – rund ein Drittel der Wählerschaft bereits im Ruhestand. Die Pensionen dieser Bürger hat man längst um fast zehn Prozent erhöht. Im Wissen, dass das Wahlverhalten der über 60-Jährigen über die nächste Regierung entscheidet.

9 Und wie geht es weiter mit der Sozialpartnerschaft? Formal können Arbeiter- und Wirtschaftskammer und ihre Pflichtmitgliedschaften fast nicht abgeschafft werden. Dazu bräuchte es im Parlament eine unrealistische Zweidrittelmehrheit. Nur der ÖGB und die Industriellenvereinigung sind Vereine, aus denen jedes Mitglied austreten und womöglich

einen Konkurrenzverein gründen könnte.

10 Allerdings könnte eine ab Herbst 2024 neue Regierung mit ihrer Parlamentsmehrheit zum Beispiel die gesetzlichen Kammerbeiträge halbieren. Oder vierteln. Oder nur noch ein Zehntel vorschreiben. Das würde den Interessenvertretungen sowohl der selbstständigen Arbeitgeber als auch der unselbstständigen Arbeitnehmer gewaltig schaden. Folgerichtig sollten beide Seiten interessiert sein, dass sich in den Lohnverhandlungen ein guter Kompromiss findet und ein positives Image der Sozialpartnerschaft als internationales Vorzeigemodell erhalten bleibt.